

Sehr geehrte:r XY,

wir nehmen die aktuelle Haushaltsdebatte zum Anlass, eine verbindliche Open-Source-Quote für die IT-Ausgaben des Bundes zu fordern: Wir schlagen als ersten Schritt vor, **20 Prozent der Ausgaben für Software vom allgemeinen IT-Budget von rund sieben Milliarden Euro in offene Software zu investieren**, statt für hunderte Millionen Euro proprietäre Lizenzen von monopolartigen Tech-Konzernen einzukaufen.

Diese sieben Milliarden Euro sind über alle Ressorts hinweg in Titeln mit allgemeinen Bezeichnungen wie „Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik“ oder „Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik“ veranschlagt.

Möglich wäre diese Investition in nachhaltige Open-Source-Lösungen mit dem **IT-Zustimmungsvorbehalt des Digitalministers**. Die Bundesregierung könnte mit der Umleitung dieser Mittel ohne neue Kosten ihren selbst gesteckten Zielen näher kommen: Digitale Souveränität, Wettbewerbsfähigkeit der europäischen IT-Wirtschaft und resiliente Infrastrukturen auch als Grundlage der nationalen Sicherheit.

Bundesdigitalminister Dr. Karsten Wildberger selbst hatte in der Haushaltsdebatte im Bundestag am 8. September 2026 die Richtung vorgegeben.

„Herr Minister Wildberger, nehmen Sie sich selbst beim Wort“, sagt Peter Ganten, Vorstandsvorsitzender der Open Source Business Alliance - Bundesverband für digitale Souveränität (OSBA). „Digitale Souveränität mit eigenen Fähigkeiten und starken Alternativen entsteht durch eine unabhängige, offene Infrastruktur. Der IT-Zustimmungsvorbehalt gibt Ihnen genau das Werkzeug dafür. Nutzen Sie ihn, um die Ausgaben und Investitionen des Bundes konsequent auf den Aufbau souveräner Alternativen zu lenken. Damit erfüllen Sie auch **das zentrale Ziel aus dem Koalitionsvertrag, eine ambitionierten Open-Source-Transformation** anzustoßen. Es ist genug Geld da. Wir müssen es nur richtig ausgeben.“

Unsere vollständige Pressemitteilung finden Sie auf unserer Webseite:
<https://osb-alliance.de/pressemitteilungen/bundeshaushalt-osba-fordert-open-source-mindestquote-um-digitale-resilienz-und-souveraenitaet-zu-erreichen>